

# WerteInitiative.

jüdisch-deutsche Positionen

WerteInitiative e.V.  
Postfach 64 02 40 • 10048 Berlin  
Tel: +49 (30) 2345 8020  
Fax: +49 (30) 2345 8021  
kontakt@werteinitiative.de  
www.werteinitiative.de

## / Positionspapier

Februar 2020

### Der Antisemitismus der anti-israelischen Boykott-Kampagne (BDS) in Deutschland

---

#### Ausgangslage

Die internationale BDS-Kampagne („Boycott, Divestment and Sanctions“, also „Boycott, De-Investition und Sanktionen“) ist eine führende anti-israelische Boykott-Kampagne. Sie entstand zwischen 2001 und 2005 als Zusammenschluss von 171 hauptsächlich arabisch-palästinensischen NGOs, Gewerkschaften und Interessenverbänden. Die auf einer NGO-Konferenz 2001 in Durban verabschiedete Abschlusserklärung nannte Israel u.a. einen „rassistischen Apartheidstaat“. Das Ziel der Kampagne ist ein umfassender Boykott von Israels Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport, bis hin zu israelischen Einzelpersonen. Der Boykott soll den Staat und die Bürger Israels treffen; die Folgen sind aber auch spürbar für nicht-jüdische israelische Staatsbürger und palästinensische Araber, welche in Israel leben und/oder arbeiten.

BDS ist nicht nur ein Kampagnenlabel, sondern umfasst auch einen organisatorischen Zusammenhang. Das sog. „BDS National Committee“ (BNC) arbeitet Beobachtern zu Folge „direkt oder vermittelt über den Council of Palestinian National and Islamic Forces u.a. mit den Terrororganisationen Hamas, Palästinensischer Islamischer Jihad und Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) zusammen.“<sup>1</sup>

Boykottaufforderungen gegen Jüdinnen und Juden bzw. gegen Israelis haben eine lange Tradition. Die BDS-Kampagne stellt eine modernisierte „Kauft nicht bei Juden“-Kampagne dar. Nicht umsonst bekommt die Kampagne Zustimmung von deutschen Neonazis.

#### Schritt auf dem Weg zum Frieden?

Die BDS-Kampagne trägt dabei in keiner Weise zu einer israelisch-palästinensischen Verständigung bei – im Gegenteil: Sie vertieft die Gräben zwischen Israelis und palästinensischen Arabern und belastet dadurch die Bemühungen um eine friedliche Lösung. Politisch zielen entsprechende Boykottkampagnen

---

<sup>1</sup> <https://iibsa.org/wp-content/uploads/2018/11/Die-antisemitische-Boykottkampagne-BDS-Eine-Handreichung-IIBSA.pdf.pdf>

darauf Israel durch Verleumdung und Diffamierung als einen Staat außerhalb der Staatengemeinschaft darzustellen. Somit befördern sie eine Anti-Normalisierung und letztlich Delegitimierung des Staates Israel.

Ein BDS-Engagement, das palästinensischen Arabern zu Gute kommt, ist bisher nicht bekannt. So gesehen ist die BDS-Kampagne nicht „pro-palästinensisch“, sondern vor allem „anti-israelisch“.

### **Antisemitismus. Was ist dran?**

Die Ziele der BDS-Kampagne erfüllen die Kriterien entsprechend der Antisemitismus-Definition der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA)<sup>2</sup>, die, erweitert um den Aspekt des israelbezogenen Antisemitismus<sup>3</sup>, von der Bundesregierung am 20.09.2017 angenommen wurde. So fordert die BDS-Kampagne das „Ende der Besetzung allen arabischen Landes“, wobei offengelassen wird, ob damit beispielsweise nur die von Israel kontrollierten C-Gebiete im Westjordanland oder ganz Israel gemeint ist. Auch fordert sie ein „Rückkehrrecht“ für alle palästinensischen Araber, die Israel im Zuge des Unabhängigkeitskrieges 1948 verlassen haben und derer aktuell etwa fünf Millionen Nachkommen. Sollte diese Forderung umgesetzt werden, dann wären die Juden in Israel nur noch eine Minderheit und von einer arabischen Mehrheit dominiert. Dies wäre das Ende Israels als jüdischer Staat.

Israel wird von der BDS-Kampagne als Ganzes dämonisiert, delegitimiert und seine Aktivitäten werden mit doppelten Standards bewertet. Damit wird keine legitime Kritik mehr geübt, sondern im Kern antisemitisch argumentiert: Laut IHRA-Definition ist „Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird“ schlicht antisemitisch. Genauso „das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel“.<sup>4</sup>

Die BDS-Kampagne boykottierte beispielsweise im August 2015, im Rahmen des Rototom Sunsplash-Musikfestivals in Spanien, den Musiker und jüdischen US-Amerikaner Matisyahu. Die BDS-Kampagne übte Druck auf die Veranstalter aus: Matisyahu, der einzige teilnehmende jüdische Künstler, sollte sich für einen arabisch-palästinensischen Staat aussprechen. Er war damit der einzige, von dem überhaupt ein politisches Statement gefordert wurde. Matisyahu weigerte sich - und wurde ausgeladen. Nach breitem Protest entschuldigten sich die Veranstalter bei dem US-Amerikaner und sein 45-minütiger Auftritt fand statt.<sup>5</sup> Das belegt, dass die BDS-Kampagne nicht nur Israel boykottieren will, sondern Juden weltweit wahllos im Fadenkreuz stehen.

### **Kritik**

Zur Verteidigung von BDS wird angeführt, dass es vernünftige Stimmen innerhalb der Bewegung gäbe, welche durch eine „Kriminalisierung“ von BDS mundtot gemacht würden und daher BDS schützenswert sei. Außerdem gäbe in der Westbank und Gaza nur 2 Arten von Organisationen: die, die Gewalt befürworten und die, die BDS befürworten; da sei es schließlich besser, mit letzteren zu arbeiten.

---

<sup>2</sup> <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196>

<sup>3</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/kulturdialog/06-interkulturelledialog/-/216610>

<sup>4</sup> <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196>

<sup>5</sup> <https://www.jpost.com/Diaspora/Matisyahu-Anti-Semitism-at-Spanish-reggae-festival-was-something-I-never-experienced-before-413733>

Dazu:

1. BDS toleriert klassischen Antisemitismus in ihren Reihen. Mehr noch: Die Argumentationsmuster von BDS wirken offensichtlich anziehend für Antisemiten.
2. Wir fordern kein Verbot von BDS, sondern lediglich die Anerkennung, dass es sich dabei nicht um eine staatlicherseits förderungswürdige Meinung handelt.
3. Es geht zunächst um Deutschland. Bei uns „braucht“ es BDS nicht, um Kritik an der Politik der israelischen Regierung zu üben. Man kann sich an jede Ecke stellen und laut Kritik üben.

### **Fazit**

Der anti-israelischen Boykott-Kampagne BDS und ihren Unterstützern geht es nicht um Meinungsfreiheit oder Menschenrechte, sondern letztlich um das Ende Israels. Wir fordern daher, dass Unterstützern und Akteuren von anti-israelischen Boykott-Kampagnen wie BDS bundesweit weder Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, noch öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus fordern wir ein Kooperationsverbot öffentlicher Stellen und öffentlich geförderter Organisationen mit Akteuren, die gegenwärtig oder in der Vergangenheit die BDS-Kampagne oder Ziele der BDS-Kampagne unterstützt haben bzw. sich mit ihr assoziieren lassen.

### **Empfohlene Maßnahmen**

Zur Eindämmung anti-israelischer Boykottkampagnen wurden bereits parteiübergreifend eine Vielzahl politisch-substanzieller Beschlüsse gefasst. Diese und künftige Beschlüsse bedürfen auf Bundes- wie auf Landesebene einer konsequenten Umsetzung. Private Veranstalter bzw. Vermieter von Räumlichkeiten sollten über den Hintergrund der Kampagne aufgeklärt werden. Klar muss in Deutschland sein oder werden:

- a) Unterstützern und Akteuren von anti-israelischen Boykottkampagnen werden in Deutschland keine Räumlichkeiten der öffentlichen Hand überlassen.
- b) Die Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Organisationen und Personen, die ihrerseits mit Akteuren der anti-israelischen Boykottkampagnen kooperieren, muss streng geprüft und ggf. eingestellt werden.
- c) Organisationen, die sich am Boykott oder an Aufrufen dazu beteiligen, dürfen keine finanzielle oder anderweitig geldwerte Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten.
- d) Zuschüsse an Organisationen, die anti-israelische Boykottkampagnen unterstützen oder mit ihnen kooperieren, müssen überprüft und wenn möglich zurückgefordert werden. Zuwendungsbescheide für noch nicht abgerufene Mittel sollen annulliert werden.
- e) Auch in der Außen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik müssen diese Prinzipien Berücksichtigung finden.
- f) Verwaltungsanordnungen des Bundesministeriums für Finanzen an die Finanzämter sollen sicherstellen, dass die Gemeinnützigkeit von Organisationen zu überprüfen oder diese zu entziehen ist, sobald deren Unterstützung oder Assoziation mit anti-israelischen Boykottkampagnen bekannt wird.

- g) Auch in der Außen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik müssen diese Prinzipien Berücksichtigung finden. Stichwort u.a.: Umgehung der Außenwirtschaftsverordnung.

### **Weiterführende Literatur**

Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung: Die antisemitische Boykottkampagne BDS. Gegen Frieden und Zwei-Staaten-Lösung. Für Delegitimierung und Zerstörung Israels. Eine Handreichung: [https://iibsa.org/wp-content/uploads/2018/11/Die-antisemitische-Boykottkampagne-BDS-Eine-Handreichung\\_IIBSA.pdf.pdf](https://iibsa.org/wp-content/uploads/2018/11/Die-antisemitische-Boykottkampagne-BDS-Eine-Handreichung_IIBSA.pdf.pdf)

Deutsch-Israelische Gesellschaft: Boykottbewegungen gegen Israel. Widerspruch mit Informationen und Argumenten:

[http://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors\\_de/Broschueren/DIG\\_Boykott\\_gegen\\_Israel.pdf](http://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors_de/Broschueren/DIG_Boykott_gegen_Israel.pdf)